

Auswirkungen der Finanzmarktkrise auf die Entwicklungsländer

Institut SÜDWIND

Inhalt



- > **Transmissionskanäle**
- > **Auswirkungen der Krise im Süden**
- > **Was tun?**



Auswirkungen der Krise für die Länder des globalen Südens noch immer nicht ausgestanden und für die verschiedenen Länder sehr unterschiedlich.

Anfängliche Prognose war: Krise würde gerade die armen Länder verschonen, weil diese von den globalen Finanzmärkten ohnehin weitgehend abgekoppelt sind. Devisenreserven, die in vielen Ländern nach der Asienkrise angehäuft wurden sollten einen zusätzlichen Schutz bieten, auch gab es teilweise striktere Regeln für die Banken (Eigenkapitaldeckung).

Diese Vermutung bewahrheitete sich zwar mehr oder weniger, die Prognose erwies sich dennoch als falsch, da die indirekten Effekte viele dieser Länder im Verlauf der Krise trafen.

>> Transmissionskanäle

Insgesamt sind Länder sehr unterschiedlich von der Krise betroffen, abhängig von ihrer Integration in den Weltfinanzmarkt, die Offenheit ihrer Wirtschaft, Abhängigkeiten von Rücküberweisungen und Außenhandel oder Tourismus.

Kanal 1: Kapitalflüsse



- > **Direkte Ansteckung der Banken relativ gering**
- > **Kapitalabflüsse aus den Schwellenländern**
- > **Private Kapitalzuflüsse gehen zunächst zurück, steigen dann aber wieder an:**
 - > Direktinvestitionen: Süden erholt sich schneller
 - > Portfolioinvestitionen: Absturz in 2008, Erholung in 2009
 - > Kreditklemme: Banken vergeben weniger Kredite
 - > Kredite werden teuer
- >> **Krisenjahr 2008, danach langsame Erholung**

1. Insbesondere in den Schwellenländern (nach der Asienkrise) lagen die Anforderungen für die Eigenkapitalunterlegung relativ hoch.
2. Hohe Devisenreserven ermöglichten in einigen Schwellenländern ein Gegensteuern, teilweise sogar die Auflegung von Konjunkturprogrammen durch breiteren politischen Spielraum = Teurer Versicherungsschutz
Arme Länder erlitten aber einen Wertverlust der Währung
3. Kapitalabflüsse waren in 2008 dramatisch (Rückgang von 967 Mrd. US\$ in 30 Schwellenländern Ende 2007 auf nur 200 Mrd. US\$ Ende 2008, aber danach wieder erheblicher Anstieg).
 - a) Im Süden sanken die Direktinvestitionen erst zu Anfang 2009 (2009 insgesamt: -25%). Insgesamt sind die Direktinvestitionen vor allem im Norden gesunken (57% versus 45%).
 - b) Portfolioinvestitionen (Anlagen in Wertpapieren wie Aktien, festverzinsliche Wertpapiere oder Investmentzertifikate) In Entwicklungs- und Schwellenländern kam es hier zu einem Absturz der Kurse. Der Afrika Lions Index fiel von März 2008 bis Dezember 2008 um 70%, stieg aber von Januar 2009 bis Juni 2009 wieder um 60%. Risikoprämien von Anleihen der Schwellenländer steigen (Kreditaufnahme wird teurer). Aktien im Euroraum fielen um 50%.
 - c) In Zeiten, in denen eigentlich Kapital gebraucht würde, steht weniger Kapital zur Verfügung. Insbesondere für Länder mit schwachem Zugang zu privatem Kapital versiegte diese Quelle oft völlig oder wurde sehr teuer.
Bsp. Ghana, Pakistan und Vietnam: zahlten im Januar 2009 zwischen 5 % und 15 % mehr Zinsen auf ihre Kredite als sie noch im Februar 2008 gezahlt hatten.

Kanal 1: Kapitalflüsse



Auswirkungen in den Ländern

- > Besonders kleine und mittlere Unternehmen im Süden spüren die Kreditklemme
- > Wegen teurer Kredite können Preissenkungen auf Dem Weltmarkt nicht an den Verbraucher weitergegeben werden (Nahrungsmittel)
- > Einige Länder mussten auf Tauschhandel zurückgreifen

Viele Länder hängen von Nahrungsmittelimporten ab, Die Kosten für einen Kreditbrief für den Handel mit Lebensmitteln steigen von 1,25% auf 3-4%

Lebensmittelpreise sinken trotz gesunkenen Weltmarktpreisen nicht überall. In Subsahara Afrika sinken sie in vielen Ländern nicht wegen der hohen Kreditpreise.

Tauschhandel: Wegen Kreditknappheit. Thailand, der größte Exporteur von Reis tauschte Reis gegen Erdöl mit dem Iran, und die Philippinen sicherten sich ihren jährlichen Reisvorrat durch eine Tauschvereinbarung mit Vietnam. Auch Malaysia tauschte Lebensmittel mit Nordkorea und Russland.

Kanal 2: Außenhandel und Rohstoffpreise



Druck von 2 Seiten:

Nachfrage aus dem Ausland sinkt:

- > Bsp. Indonesien: Elektronische Geräte
- > Tourismuseinnahmen
- > Entwicklungs- und Schwellenländer exportierten in 2009 ca. 7% weniger als im Vorjahr

Rohstoffpreise sinken: >>

- > Bsp. Nigeria, Bolivien: Öl und Gas
- > Bsp. Sambia: Kupfer
- >> Rohstoff-exportierende Länder besonders betroffen
Positiv für einige Öl-importierende Länder

Außenhandel gerät von 2 Seiten unter Druck

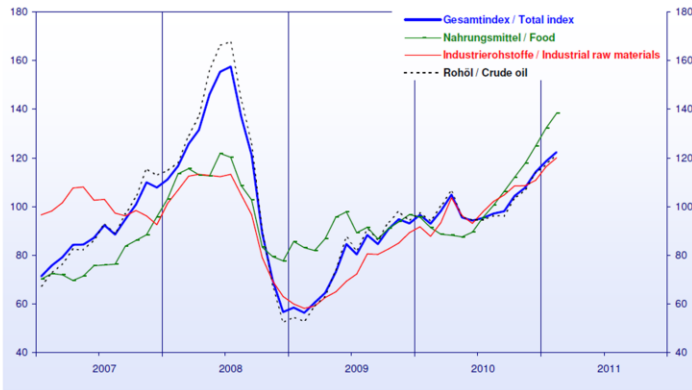
1. Sinkende Exportmengen: (weltweit in 2009: 12%)
 - Bsp. Indonesien: Die Exporte elektronischer Produkte (15% der Gesamtexporte) gingen im Januar 2009 um 25% zurück (im Vergleich zu Januar 2008)
 - Auch Tourismuseinnahmen für viele Länder gehen zurück; Insgesamt 7% Rückgang, gemessen an „Ankünften“, in den ersten 6 Monaten 2009; besonders in Zentral- und Osteuropa, Mexico 19% Rückgang (Schweinegrippe), Afrika sogar leichter Anstieg.
2. Sinkende Rohstoffpreise: Vor allem Fall der Rohstoffpreise Kupfer, Öl und Gaspreise. Kupfer sank von über 8.000\$ auf rund 2.500\$, stand Ende 2009 wieder bei über 7.000\$ aber: Die Minenbetreiber versuchen die Verluste durch noch niedrigere Arbeitslöhne aufzufangen, Streiks in Sambia,
 - <> doch der sinkende Ölpreis ist für viele Länder ein Segen (damit verbunden auch Düngemittel)
 - <> Auch Ghana hat Glück gehabt: Kakao und Goldpreis kaum oder gar nicht gesunken.

Kanal 2: Außenhandel und Rohstoffpreise



INSTITUT FÜR ÖKONOMIE
UND ÖKUMENE

HWWI-Index der Weltmarktpreise für Rohstoffe (US-\$-Basis)
HWWI Commodity Price Index (US\$ basis)



2010 = 100. Monatsdurchschnitte (der Durchschnitt für den letzten ausgewiesenen Monat ist unvollständig, solange der Monat nicht abgeschlossen ist).
Monthly averages (the average for the last month shown is incomplete until the end of the month).

© HWWI

Kanal 2: Außenhandel und Rohstoffpreise



Auswirkungen in den Ländern

- > Die Preise steigen vielerorts wieder an (z.B. Kupfer), aber Wiedereinstellungen der Minenbetreiber (z.B. in Sambia) oft unter schlechteren Bedingungen.
- > Wall Mart Effekt in Bangladesch:
 - > Es gibt keine Entlassungen aber die Arbeitsbedingungen verschlechtern sich
- > In den Entwicklungsländern sind besonders die „working poor“ betroffen. (+ 222 Mio in 2009)

Kanal 3: Rücküberweisungen



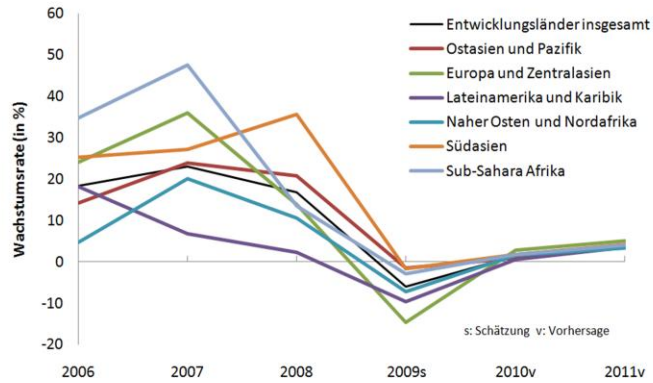
- > Teilweise hohe Abhängigkeiten von Rücküberweisungen
- > Die Rücküberweisungen sind deutlich zurückgegangen
 - > Regional aber sehr unterschiedlich >>
- > Negative Auswirkungen, denn:
 - > Rücküberweisungen wirken normalerweise konjunkturfördernd
 - > Sie sind im Krisenfall antizyklisch
- > Auch die Migration geht zurück > zukünftige Rücküberweisungen gefährdet

1. Tadschikistan: über 40% des BIP, Honduras 25%
2. Weltweit: 6,1 %, besonders betroffen Europa und Zentralasien, wo es die stärksten Einbrüche gab und Sub-Sahara-Afrika, wo es zuvor die höchsten Wachstumsraten gegeben hat. In Lateinamerika ist Mexiko besonders betroffen. Die Bauindustrien der beiden Zielländer Spanien und USA sind zusammengebrochen. Viele Migranten verlieren ihre Arbeit, kehren aber nicht nach Hause zurück und überweisen meist weniger.
Asiatische Migranten arbeiten meist in den Ölstaaten des Nahen Ostens. Sie haben dort weniger Arbeit. Rücküberweisungen sind davon bisher kaum betroffen, die Migration hält unvermindert an.
3. Konjunkturfördernd, weil an die ärmste Bevölkerung, die ein Großteil ihres Geldes wieder ausgeben
4. Die Zahl der neuen Arbeitsmigranten sinkt besonders in den USA (höhere Sicherheitsvorkehrungen an der Grenze).
Bsp. Bangladesh: Emigration ist um 39% zurückgegangen zwischen Feb 08 und Feb 09

Kanal 3: Rücküberweisungen

Rücküberweisungen nach Regionen

Rücküberweisungen in Entwicklungsländer



Datenquelle: Weltbank, Migration and Development Brief 11 (Nov 2009)

Kanal 4: Entwicklungshilfe



- > Internationale Zusammenarbeit ist weit entfernt vom 0,7%-Ziel
 - > 2009: 0,31%, Deutschland: 0,35%
 - > Ohne Schuldenerlass: 0,27%
- > Zusätzlicher Bedarf: 25 Mrd. US\$ allein in den ärmsten Ländern
 - > G 20: Erhöhung der multilateralen EZ
 - > Anteile der nationalen Konjunkturpakete für EL
- > Vergangene Krisen zeigen: die Hilfe bleibt im ersten Jahr konstant sinkt dann aber ab.

Insgesamt gibt es bis jetzt wenig Hinweise auf einen Rückgang der Entwicklungshilfe

1. Deutschland liegt unter dem EU-Durchschnitt von 0,43%. Ziel erreicht von: Schweden (1.03%), Luxembourg (1%), Dänemark (0.83%), Holland (0.8%), Belgien (0.7%). Italien: Kürzung der ODA um 50%, Kürzungen auch in vielen osteuropäischen Staaten. OECD-DAC: 50 Mrd. Steigerung zwischen 2005 und 2010. Dieses Ziel wird 2010 um etwa 21 Milliarden Dollar verfehlt. Ein Schrumpfen des BIP in den IL bedeutet zwangsläufig auch weniger Mittel absolut, da diese an das BIP gekoppelt sind. Von den 21 Mrd. gehen allein 4 Mrd. auf ein niedrigeres BIP als vorhergesagt zurück.
2. Schätzung des IWF für die LIC jährlich 2009 und 2010. Ein Drittel davon stellt der IWF zur Verfügung (Kredite und Sonderziehungsrechte) Weltbank: 200 Mrd. US\$ zur Aufrechterhaltung der sozialen Infrastruktur von vor der Krise. Beschlüsse der G-20 beinhalten Konjunkturpakete auch für den Süden

Kanal 4: Entwicklungshilfe



Auswirkungen auf die Länder

- > Multilaterale Hilfen sind kreditfinanziert
 - > Gefahr einer Neuverschuldung
- > Neue Abhängigkeiten vom IWF
 - > Mit armutsfördernden Konditionalitäten

Beste Finanzierungshilfe wäre die Schließung von Steueroasen

Zusätzliche 500 Mrd. US-\$ für den IWF (davon nur 20 Mrd. US\$ für die LIC) und umfangreiche Mittel für den neu geschaffenen "Vulnerability Fund" der Weltbank.

Vor allem die multilaterale Verschuldung wird zunehmen. Teilweise konditionsfreie Kredite (Länder mit „guter Wirtschaftspolitik“), Teilweise konjunkturerhemmende Konditionalitäten.

Vor allem in ärmeren Ländern wurde zwar die Zahl der Bedingungen bei der Kreditvergabe reduziert, nicht unbedingt aber ihre wirtschaftspolitische Ausrichtung. 31 von 41 Kreditvergabebedingungen beinhalten konjunkturerhemmende Auflagen (Senkung der Staatsausgaben)

Entwicklungshilfe macht nur einen Bruchteil der Mittel zur Bekämpfung von Armut und Hunger und zur Verwirklichung der Millenniumsentwicklungsziele (MDGs) aus. Wichtiger sind die **öffentlichen Finanzen in den Entwicklungsländern selbst. Die inländischen MDG-Mittel müssen sich in den 53 ärmsten Ländern bis 2015 verdreifachen (gegenüber 2002)**, um die Ziele dort verwirklichen zu können.

Die Länder des Südens verlieren nach groben Schätzungen pro Jahr mindestens **500 Milliarden US-Dollar durch Kapitalflucht und Steuervermeidung** – und damit das Fünffache der weltweiten ODA.

Auswirkungen der Krise im Süden



Weltweit

- > Armut steigt
- > Arbeitslosigkeit steigt
- > Arbeitsbedingungen verschlechtern sich

In 60 Entwicklungsländern (von insgesamt 107 Ländern, für die Daten verfügbar sind) prognostizierten die UN ein Fallen des Pro-Kopf-Einkommens, besonders betroffen: Länder der ehemaligen Sowjetunion, Subsahara-Afrika und Lateinamerika.

Schätzungen von Weltbank bzw. UN: zwischen 55 und 103 Millionen Menschen mehr in Armut, als dies ohne die Krise der Fall gewesen wäre
Erstmals ist über 1 Mrd. Menschen unterernährt (auch im Zuge der Nahrungsmittelkrise)

Offizielle Daten geben wenig Aufschluss über tatsächliches Ausmaß.

ILO: Zahl der registrierten Arbeitslosen bis Ende 2009 um über 20 Millionen gestiegen, 5 Millionen Arbeitsplätze akut gefährdet.

Aber: Nur 51 Länder (im Norden Anstieg noch zu erwarten), davon nur 2 Afrikanische (Ägypten und Südafrika)

Millionen von Arbeitslose, die infolge fehlender sozialer Sicherungssysteme in die informelle Arbeit abgedrängt wurden, tauchen in den offiziellen Arbeitslosenstatistiken nicht auf.

(WanderarbeiterInnen und ArbeitsmigrantInnen)

Besonders betroffen sind die Working Poor > Ziel menschenwürdiger Arbeit (decent work) wird zunehmend konterkariert

Bei drohender oder tatsächlicher Arbeitslosigkeit gibt es mehr „freiwilligem“ Lohnverzicht und unbezahlter Mehrarbeit.

Frauen in prekären Beschäftigungsverhältnissen sind davon besonders betroffen.

Bsp. Sambia Minenarbeiter: erst entlassen, dann zu schlechteren Bedingungen wieder eingestellt, auch Bangladesch

Auswirkungen der Krise im Süden



Nationale Ebene

- > Wachstumsmotoren der vergangenen Jahre brechen ein
 - > Wachstum sinkt über mehrere Jahre
 - > Rückschläge bei den Millennium Entwicklungszielen
- > Neue Abhängigkeiten
 - > Gefahr der Neuverschuldung
 - > Verlust wirtschaftspolitischer Souveränität
- > Internationale Ungleichheit verschärft sich
- > Erhöhte Krisenanfälligkeit auch für weitere Krisen

1. Wachstumsmotoren: Hohe Rohstoffpreise, Exportsteigerungen, Rücküberweisungen, Direktinvestitionen
Rettungsschirme der Industrieländer und einiger Entwicklungs- und Schwellenländer wie China, Südkorea und Vietnam: rund zwei Billionen US-Dollar für die Jahre 2009-2010
Große Mehrheit der EL kann sich kreditfinanzierte Konjunkturpakete im größeren Stil nicht leisten. Sofern sie überhaupt die Möglichkeit hatten, Kredite auf den heimischen oder internationalen Finanzmärkte aufzunehmen, mussten sie diese dazu verwenden, die Einnahmeausfälle zu kompensieren und die laufenden Kosten im Staatshaushalt zu decken. Und teuer bezahlen.
Rettungsschirme beinhalten auch Exportförderstrategien und Subventionen mit Wettbewerbsvorteilen für die reichen Länder

Vulnerabilität: soziale, ökonomische und politische Dauerkrise wird durch die gegenwärtige Weltwirtschaftskrise noch verstärkt.
Strukturelle Schwächen machen die Länder für exogene Schocks verwundbarer, sie leiden länger unter den Folgen der Krise.
Verschärft wird die Situation in vielen Ländern durch das Zusammenfallen der Weltwirtschaftskrise mit der unbewältigten Welternährungskrise und der immer deutlicher spürbaren Weltklimakrise.

Wechselwirkungen: Kenia, wo 2009 Dürrekatastrophen mit hohen Nahrungsmittelpreisen und sinkenden Staatseinnahmen zusammenfielen

Auswirkungen der Krise im Süden



Individuelle Ebene

- > Armutsfaktoren verstärken sich
- > Alternative soziale Netze zunehmend überlastet
- > Zunehmende Verwundbarkeit für weitere Krisen

Selbst temporäre Mangelerscheinungen können sich dauerhaft auswirken und Armut zementieren:
Mädchen werden von der Schule genommen
Mangelernährung bei Schwangeren, Säuglingen und Kleinkindern
haben Auswirkungen auf die Entwicklung der Menschen

Was tun?



Internationale Zusammenarbeit

- > Hilfsprogramm ohne prozyklische Konditionalität von Krediten
- > 0,7% Ziel einhalten, Erreichung beschleunigen
- > Schuldenmoratorium
- > Strukturreformen bei IWF und Weltbank
- > UN-Rat für wirtschaftliche und soziale Fragen anstelle der G-20 für die multilaterale Regulierung:
 - > Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung
 - > IWF und WB sollten diesem Gremium untergeordnet werden

Internationale Zusammenarbeit

1. Gelder müssen konjunkturfördernd eingesetzt werden dürfen. Konditionalitäten weglassen oder wirtschaftspolitische Ausrichtung ändern
Gelder z.B. für Infrastrukturmaßnahmen, Investitionen zur Konsumsteigerung, Sozialtransfers oder den Ausbau des sozialen Sicherungssystems
Stabilisierungspaket, um beschäftigungswirksame und umweltfreundliche Investitionen zu fördern.
2. Die Entwicklungshilfe darf unter dem Druck der Wirtschaftskrise nicht sinken. Vielmehr muss die Umsetzung des Ziels, 0,7 % des Bruttoinlandsproduktes der Industrieländer für Entwicklungshilfe zur Verfügung zu stellen, beschleunigt werden. Mittel- und langfristige Verpflichtungen wie die Erreichung der Millennium-Entwicklungsziele und die Bekämpfung des Klimawandels müssen im Mittelpunkt der Bemühungen stehen. Die erwähnten Maßnahmen sollen nicht auf Kosten von Anpassungsmaßnahmen, Klima- und Waldschutz gehen.
3. Gelder würden auch durch ein Moratorium der Schuldenzahlungen freigesetzt werden.
5. G-20 ist ein erster Fortschritt, aber viele Entwicklungsländer noch immer ausgeschlossen. > Forderungen Stiglitz Kommission

Die globale Dreifachkrise hat ihre gemeinsamen Wurzeln in einem Entwicklungsmodell, das allzu lange auf wirtschaftliches Wachstum und deregulierte Märkte als Triebkräfte für Entwicklung gesetzt hat. Die gegenwärtige Krise ist damit mehr als nur ein zyklisch auftretendes Wesensmerkmal der globalisierten Marktwirtschaft. Wir haben es vielmehr zu tun mit einer Krise des vorherrschenden Entwicklungsmodells.

Was tun?

Strukturreform

- > Umsatzsteuer auf Finanztransaktionen einführen
- > Schattenfinanzzentren weltweit schließen, um Kapitalflucht zu verhindern
- > Ein multilaterales Wechselkursmanagement sollte eingerichtet werden.



1. Umsatzsteuer auf den Handel mit Finanzvermögen, also auf Aktien, Anleihen, Derivate, Devisen etc., die sog. Finanztransaktionssteuer (FTT)
Vorschlag: Geld einsetzen zur Bewältigung der Krisen, gleichzeitig Eindämmung der reinen Finanzspekulation.
2. Wenn die Steueroasen entschieden bekämpft werden würden, könnte mindestens das Zwei- und im besten Fall das Zehnfache der Summen freigesetzt werden, die durch die offizielle Entwicklungszusammenarbeit bereitgestellt werden
Informationen müssen automatisch und nicht nur auf konkreten Verdacht hin zwischen allen nationalen Steuerbehörden ausgetauscht werden
Die internationale Kooperation gegen Steuerhinterziehung muss unter Einbeziehung aller Staaten möglichst auf Ebene der Vereinten Nationen etabliert werden.
Konzerne müssen offenlegen, wie viel Wertschöpfung sie in welchem Land erzielen, um so eine effektive länderbezogene Besteuerung zu ermöglichen.
3. Dollar als alleinige Leitwährung ablösen

Was können Sie tun?



- > Legen Sie Ihr Geld nachhaltig an!
- > Setzen Sie sich für die Finanztransaktionssteuer ein!
(www.steuer-gegen-armut.de)

Lassen Sie sich überzeugen!

Danke für Ihre Aufmerksamkeit!

Institut SÜDWIND